

## **NIEDERSCHRIFT Nr.: 16/L**

über die öffentliche Sondersitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

**am Mittwoch, 14.12.2016, um 13.00 Uhr**

16. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 13.00 Uhr

Sitzungsende: 13.25 Uhr

---

### Anwesend:

#### Vertreter des Senats

Herr Staatsrat Siering

#### Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Sybille Böschen  
Herr Robert Bücking  
Frau Susanne Grobien  
Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)  
Herr Andreas Kottisch  
Herr Max Liess für Herrn Jens Crueger  
Herr Sascha Lucht  
Herrn Klaus-Rainer Rupp  
Herr Christian Schäfer  
Herr Uwe Schmidt  
Frau Lencke Steiner  
Herr Elias Tsartilidis  
Frau Kabire Yildiz für Frau Sülmez Dogan

#### Von der Verwaltung

Herr Armstroff  
Herr Brunßen  
Frau Jansen  
Frau Niestädt  
Herr Poppinga  
Herr Sengstake  
Frau Stellmacher

#### Gäste

Frau Bergmann (CDU)  
Herr Dr. Redder (FDP)  
Herr Reinken (SPD)

**Abg. Kastendiek** eröffnet die öffentliche Sondersitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

**TOP 1 Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen aus dem Budget des Integrationskonzepts**

Vorlage Nr. 19/265-L

Der **Abg. Rupp** bittet um Erläuterung in den Bereichen „Ausbildung und Arbeitsmarkt“ sowie „Sprachförderung“. Hier seien für die Jahre 2016 und 2017 17 Mio. € vorgehalten worden. Da für das Jahr 2016 aber nur 1,107 Mio. € beschlossen seien, stelle sich die Frage, was mit dem restlichen Geld geschehen solle.

Der **Dep. Dr. Redder** stellt fest, dass bei der Jugendberufsagentur (JBA) keine ergänzenden Kosten für Dolmetscher notwendig seien, da diese vom Jobcenter getragen würden. Im Bereich Existenzgründungen (Seite 8 und 9 der Vorlage) seien dagegen Honorare für Dolmetscherkosten enthalten. Fraglich sei, ob hier somit mehr Geld als bei der Jugendberufsagentur vorhanden sei.

**Frau Jansen** erklärt, dass im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens Mittel für das 3. Integrationskonzept und die ersten prioritären Maßnahmen im Rahmen des „Integrationsbudget“ bereits gebunden seien, aber nicht in voller Höhe von 50 Mio. €. Bei den Partnern der JBA handele es sich mit den Jobcentern und der Existenzgründungsberatung im Rahmen von B.E.G.IN um unterschiedliche Akteure. Das Jobcenter sei ein Partner der Jugendberufsagentur, deshalb könne man daher auf Dienstleistungen im Bereich von Dolmetschern zurückgreifen. Im Bereich der Existenzgründungsberatung sei dies nicht möglich.

Auf die Nachfrage der **Abg. Frau Bergmann** zum Personal der JBA erklärt **Frau Jansen**, dass sich voraussichtlich um eine Vollzeitstelle bei der Senatorin für Bildung handle und eine weitere Stelle möglicherweise von einem Träger, im Rahmen einer Personalabordnung zur Verfügung gestellt werde, da es in so kurzer Zeit schwierig sei, entsprechend geschultes Personal zu finden.

Die **Abg. Frau Bergmann** stellt fest, dass viele Themenkomplexe bei der Jugendberufsagentur verankert oder zentriert wurden. Jedoch wären seit dem Start der JBA im Mai des Jahres mehr Ergebnisse zu erwarten gewesen.

**Staatsrat Siering** erklärt auf Nachfrage der **Abg. Frau Steiner**, dass bei dem Projekt „Umsetzung Sofortprogramm Wohnungsbau“ zwei Stellen bei der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) eingerichtet würden, da Planung und Verpachtung von Flächen wie z. B.

im Bereich der Überseestadt aufgrund der Zugehörigkeit zum Sondervermögen ein Kerngeschäft der WFB sei.

**Abg. Kastendiek** stellt die Frage, ob hier tatsächlich zwei Stellen erforderlich seien.

**Staatsrat Siering** führt aus, dass umfangreiche Vorarbeiten in diesem Bereich erforderlich und diese in den Vorlagen dargestellt seien.

**Abg. Kastendiek** entgegnet, dass für das „Sofortprogramm Wohnungsbau“ in der Überseestadt nur noch wenige Flächen zur Verfügung stünden, da es bereits Reservierungen bzw. andere Pläne für eine Nutzung gäbe. Für ihn sei hier eine Schaffung von zwei Stellen bei der WFB nicht nachvollziehbar.

Der **Abg. Rupp** regt an, hinsichtlich der Erschließung und Vermarktung der Galopprennbahn doch ein gesondertes Wohnungsbauprojekt für Flüchtlinge zu prüfen.

**Staatsrat Siering** weist darauf hin, dass die Kündigung des Pachtvertrages der Galopprennbahn erst mit Wirkung zum 31.12.2018 erfolge, insofern derzeit lediglich eine Übergangslösung an diesem Standort denkbar sei.

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Steiner** erläutert **Staatsrat Siering**, dass auch zusätzliches Personal im Bereich der Abteilung Arbeit für eine rasche Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt erforderlich sei. Hier fände die Anerkennungsberatung statt, die ebenfalls kurzfristig aufgestockt werden soll.

**Frau Jansen** führt aus, dass dringend eine Koordinierung von Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration im Land Bremen erforderlich sei. Diverse arbeitsmarktpolitische Akteure hätten deutlich die Erwartung artikuliert, dass die Abteilung Arbeit diese Aufgabe wahrnehmen solle. Ab 2017 würden verschiedene arbeitsmarktpolitische Maßnahmen flankierend begleitet und koordiniert. Eventuell könnte die Aufgabe der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt nach zwei Jahren in die Regelaufgabe der Abteilung Arbeit übernommen werden. Zurzeit sei dies aufgrund der bestehenden Belastungen nicht möglich.

Auf die Frage des **Abg. Rupp** merkt **Frau Jansen** an, dass für ein potentiell geplante Maßnahmen nicht nur ein Teil der 9 Mio. € aus im Frühjahr 2016 vorgesehenem Flüchtlingsbudget für die Bereiche „Ausbildung und Arbeitsmarkt“ sowie „Sprachförderung“ sondern auch andere Mittel aus dem SGB II und III oder von anderen Mittelgebern wie z. B. Stiftungen genutzt werden könnten.

**Abg. Kastendiek** schlägt vor, die noch bestehenden offenen Fragen zu den beiden Stellen im Wohnungsbau in der kommenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zu klären.

**Abg. Bücking** regt an, noch einmal präzise die Bezüge des neu einzustellenden Personals zu den Projekten hinsichtlich Galopprennbahn und Büropark Oberneuland bis zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zu prüfen.

**Beschluss:**

1. Der staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Fortsetzung der Maßnahmen aus dem 3. Sofortprogramm mit einem Mittelumfang von 100.000 € und Finanzierung aus dem zentral veranschlagten Integrationsbudget bis zum 31.12.2017 zu.
2. Der staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Fortsetzung der Maßnahmen aus dem Integrationsbudget mit einem Mittelumfang von 487.000 € und Finanzierung aus dem zentral veranschlagten Integrationsbudget bis zum 31.12.2017 zu.
3. Der staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt den dargestellten zusätzlichen Maßnahmen im Rahmen des Integrationsbudgets mit einem Mittelbedarf in 2017 i.H.v. 520.000 € und Finanzierung aus den zentral veranschlagten Mehrausgaben für Flüchtlinge bis zum 31.12.2017 im Rahmen des Integrationsbudgets im Bereich „Ausbildung und Arbeitsmarkt“ und „Sprachförderung“ zu.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion der CDU, der Stimme der Vertreterin der Fraktion der FDP, der Stimme des Vertreters der Fraktion DIE LINKE und gegen die Stimme des Vertreters der Gruppe Liberal-Konservative Reformier.

**TOP 2 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm: Fortsetzung ab 2017**

Vorlage Nr. 19/261-L

**Abg. Frau Bösch** fragt nach, wie sich im Bereich der Frauenberatungsstellen die Umstellung auf Finanzierungspauschalen bewähren würde und bittet hier um einen Erfahrungsbericht in einem halben Jahr.

Im Rahmen der Umsetzung der Ausbildungsgarantie konnten für 425 geplante Plätze lediglich 239 Personen erreicht werden. Fraglich sei, ob hier der Bedarf nicht mehr gegeben sei. Die Diskrepanz zwischen den Zahlen sei sehr groß und müsse hinterfragt werden.

Die **Abg. Frau Böschen** fragte nach, warum bei den schulischen Ausbildungsplätzen, insbesondere in Bremerhaven, die geplante Zahl der neu zu schaffenden Klassen nicht eingehalten werden konnte. **Frau Jansen** erklärt, dass dazu konkrete Angaben als Anlage zum Protokoll beigefügt werden (s. Anlage 1).

Auf die Frage des **Dep. Dr. Redder** erklärt **Herr Armstropp**, dass die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Summe von 576 Mio. € im Bereich der Existenzgründungsberatung freigegeben habe, um weitere Projekte binden zu können.

Auf Nachfrage des **Dep. Dr. Redder**, wie im Bereich der „Unterstützung von Alleinerziehenden“ trotz deutlich weniger Teilnehmer bereits zweidrittel der Mittel verausgabt seien, erläutert **Frau Jansen**, dass in diesem Bereich die Planungen für zwei Jahre vorlägen, hier müssten ggf. noch weitere Budgets im Laufe der nächsten Jahre freigegeben werden.

**Staatsrat Siering** erklärt, dass auf aktuelle Gegebenheiten reagiert werden müsse. So sei es heute möglich, höchstens für die kommenden zwei Jahre Planungen vorzunehmen, für einen längeren Zeitraum dagegen nicht.

Auf die Frage des **Abg. Rupp** zu unterschiedlichen Bewilligungsbeträgen erläutert **Herr Armstropp**, dass in der Tabelle 3 Planungen aus 2016 mit Laufzeiten von z. T. drei Jahren aufgeführt würden, im Senat jedoch nur Bewilligungen von maximal zwei Jahren beschlossen worden seien. Dies sei jetzt erst einmal ein Kompromiss. Weitere Steuerungen müssten dann ggf. im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018/2019 vorgenommen werden.

**Abg. Frau Böschen** hält ebenfalls einen längeren Bewilligungszeitraum für Behörden und die Maßnahmenträger für sinnvoll, damit dort eine Planungssicherheit erreicht werde.

**Abg. Frau Bergmann** bemängelt eine fehlende Effizienzkontrolle bei vielen Maßnahmen. Auch im Bereich der Frauenberatungsstellen sei es notwendig zu bewerten, ob sich die Umstellung auf Pauschalen als sinnvoll erweise. Eine Bewertung setze allerdings auch entsprechende Kriterien voraus, an der diese vorgenommen werden könne. Auch im Bereich der Langzeitarbeitslosen sollten mehr Unternehmen beteiligt werden. Sie verweist auf Baden-Württemberg, wo es einen intensiven Kontakt mit den Unternehmen gäbe.

#### **Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht über die Umsetzung und die weiteren Planung für das BAP zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt den Budget-

verschiebungen innerhalb der BAP Fonds zu.

3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe eines weiteren Budgets in Höhe von 1.303.260 Euro ESF-Mittel und 576.000 Euro Landesmittel im BAP–Unterfonds A 1 zu.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe eines weiteren Budgets in Höhe von 840.960 Euro ESF-Mittel im BAP–Unterfonds B 1 zu.
5. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe eines weiteren Budgets in Höhe von 2.236.046 Euro ESF-Mittel im BAP–Unterfonds B 2 zu.
6. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe eines weiteren Budgets in Höhe von 995.255 Euro ESF-Mittel sowie 532.803 Euro Landesmittel im BAP–Unterfonds C 1 zu.
7. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe eines weiteren Budgets in Höhe von 1.698.000 Euro ESF-Mittel im BAP–Unterfonds C 2 zu.

Zum Beschlussvorschlag **2. – 7.:**

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Stimmen der Vertreter der CDU und gegen die Stimme der Vertreterin der FDP.

Zum Beschlussvorschlag **2., 4. und 6.:**

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion DIE LINKE.

### **TOP 3 Landesprogramm "Weiter mit Bildung und Beratung"**

#### **Bilanz und Eckpunkte der Fortführung**

Vorlage Nr. 19/242-L

**Abg. Rupp** merkt an, dass bei diesem Projekt immer noch offene Stellen besetzt werden müssten. Ein besseres Ergebnis hätte so auch mit einem zusätzlichen Marketing erzielt werden können.

**Abg. Frau Böschen** stellt fest, dass für die Stadt Bremerhaven die Ergebnisse in den Programmsegmenten sehr niedrig ausfallen und fragt nach Gründen dafür.

**Frau Jansen** führt aus, dass bei einem längeren Bewilligungszeitraum und weniger Personalfluktuaton ein besseres Ergebnis hätte erzielt werden können.

Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** zum Beschlussvorschlag Nr. 2 erklärt **Frau Jansen**, dass die Akteure der Bremer Vereinbarungen an dem Programm beteiligt seien

und die Weiterführung befürworten würden.

**Abg. Rupp** hält die Wartezeiten bei der Anerkennungsberatung von bis zu acht Wochen für zu lang. **Frau Jansen** erklärt hierzu, dass hier bereits Anfang Januar 2017 Einstellungsgespräche für die Besetzung von drei weiteren Stellen stattfinden würden.

**Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die vorgelegte Bilanz zur Kenntnis und stimmt der Weiterführung des Landesprogramms "Weiter mit Bildung und Beratung" zu.
2. Sie begrüßt die Beteiligung der Partner an der Umsetzung des Programms ausdrücklich.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet Mitte 2018 um einen Zwischenbericht, in dem auch aktuelle Entwicklungen zur Kompetenzfeststellungen auf Bundesebene berücksichtigt werden.

Zum Beschlussvorschlag **1.**:

Der Beschlussvorschlag erfolgt bei Enthaltung der Stimme des Vertreters der Fraktion DIE LINKEN.

Zum Beschlussvorschlag **2.** und **3.**:

Der Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Abg. Kastendiek** schließt die öffentliche Sondersitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

---

Kastendiek  
- Vorsitzender -

---

Für die Protokollführung  
Stellmacher

**Anlage 1** zum Protokoll Nr. 16/L der Sondersitzung der  
staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am  
14.12.2016

Land/öffentlich

**TOP 2** „Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm: Fortsetzung ab 2017“  
Vorlage 19/261-L

---

Die Schulen in Bremerhaven, an denen die Einrichtung der beiden zusätzlichen Klassen vorgesehen war, hatten in 2016 nicht genügend räumliche Kapazitäten, um die zusätzlichen schulischen Ausbildungsklassen einzurichten.